

Neue Studie veröffentlicht: „Europas demografische Zukunft. Wie sich die Regionen nach einem Jahrzehnt der Krisen entwickeln“

Berlin, 25. Juli 2017

Europa ist demografisch gespalten. Im Norden, im Westen und im Zentrum des Kontinents sorgen vergleichsweise hohe Kinderzahlen und Zuwanderung auf absehbare Zeit für Bevölkerungswachstum. Vielen Regionen Süd- und Osteuropas drohen dagegen eine starke Alterung und deutliche Bevölkerungsverluste.

Europa ist nicht nur sprichwörtlich der „alte“ Kontinent. Auch die Bevölkerungen sind hier im Schnitt älter als anderswo. Schon heute kommen auf jeden Ruheständler nur etwa drei Personen im Erwerbsalter. Bis zur Mitte des Jahrhunderts könnte sich dieses Verhältnis auf eins zu zwei verschlechtern. Dies hat Folgen für Wirtschaft und Sozialsysteme. So werden Sozialleistungen schwieriger zu finanzieren und Firmen tun sich schwerer, passendes Personal zu finden. „Dies ist umso gravierender, als die Volkswirtschaften im 21. Jahrhundert eher auf gut qualifizierte Menschen denn auf große Industrieanlagen angewiesen sind“, so Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Die Regionen Europas sind unterschiedlich gut auf die demografischen Herausforderungen vorbereitet. Dies zeigt die Untersuchung des Berlin-Instituts, die insgesamt 290 Regionen analysiert hat. Besonders gut stehen die hoch entwickelten Regionen der Schweiz, Süddeutschlands und Skandinaviens da. Grund hierfür sind mancherorts hohe Kinderzahlen und gute Bildungssysteme, etwa im Norden des Kontinents, und andernorts Zuwanderung aus europäischen und nicht-europäischen Ländern, vor allem in Deutschland. In peripheren Regionen dagegen – in Süd- und in Osteuropa, wo die Wirtschaftsleistung ohnehin niedriger liegt – verschlechtert die Abwanderung junger Menschen die Zukunftsaussichten zusätzlich. Zur Mitte des Jahrhunderts dürften in Griechenland und Portugal die im Schnitt ältesten Menschen Europas wohnen – und weniger als heute werden es auch sein. „Häufig können sich in Süd- und Osteuropa nur die Hauptstadtregionen demografisch stabilisieren, während ländliche Gebiete zusehends an Bevölkerung verlieren“, erklärt Stephan Sievert, Mitautor der Studie.

Die demografische Lage ist auch eine Folge der zahlreichen Krisen und Umwälzungen, die Europa im vergangenen Jahrzehnt erlebt hat. So löste die Wirtschaftskrise eine neue Süd-Nord-Wanderung aus. Die sogenannte Flüchtlingskrise hat vielerorts für unerwartet steigende Einwohnerzahlen gesorgt. „Die Integration der Neuankömmlinge wird dadurch zur großen Zukunftsaufgabe Europas“, so Stephan Sievert. „Nur wenn es gelingt, Migranten und Flüchtlinge schnell in Beschäftigung zu bringen, können sie auch vollständig an der Gesellschaft teilhaben“. Außerdem können erfolgreich integrierte Zuwanderer auch dazu beitragen, demografische Herausforderungen abzufedern. Viele Staaten Europas haben dies erkannt und erweitern sukzessive ihre Zuwanderungskanäle. Andere sind skeptischer. Gerade in den postsozialistischen Staaten stehen viele Menschen insbesondere Migranten von außerhalb Europas ablehnend gegenüber. Dabei werden auch diese Länder mittelfristig einen großen Bedarf an Zuwanderung haben. In Tschechien beispielsweise herrscht heute schon annähernd Vollbeschäftigung und die Arbeitgeber dürften künftig stärker auf offenere Migrationsregeln drängen.

Demografische Probleme lassen sich auch abmildern, indem bislang benachteiligte Gruppen besser in das Erwerbsleben einbezogen werden, etwa Frauen. Dies gelingt vor allem im Norden Europas. „In

Skandinavien, aber auch in den baltischen Staaten, gibt es kaum noch einen Unterschied bei der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen“, sagt Reiner Klingholz. „Im Süden Italiens geht dagegen nicht einmal jede zweite Frau im erwerbsfähigen Alter einer bezahlten Arbeit nach.“ Dies hat einerseits mit kulturellen Unterschieden zu tun, aber auch mit der Verfügbarkeit von öffentlicher Kinderbetreuung – die es Müttern erlaubt, rasch nach der Geburt eines Kindes wieder in den Beruf zurückzukehren. Eine gute Familienpolitik wäre aber gerade in diesen Regionen wichtig, denn auch die Kinderzahlen sind parallel zur Wirtschaftskrise vielerorts gesunken.

Wie stehen die Regionen Europas demografisch dar? Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat dies in seiner aktuellen Studie „Europas demografische Zukunft“ untersucht. Das Gesamtergebnis, das auf verschiedenen Indikatoren zur demografischen und ökonomischen Entwicklung beruht, zeigt, dass die Herausforderungen im Süden und Osten des Kontinents größer sind als im Norden und im Westen.

Die Studie erhalten Sie als PDF kostenlos unter:

<http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/europas-demografische-zukunft.html>

Rückfragen bitte an:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstr. 59

10627 Berlin

Stephan Sievert (sievert@berlin-institut.org, T. 030-31 10 26 98)

Dr. Reiner Klingholz (klingholz@berlin-institut.org, T. 030-31 01 75 60)

Das **Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung** ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Der **GfK Verein** ist eine 1934 gegründete Non-Profit-Organisation zur Förderung der Marktforschung. Er setzt sich aus rund 550 Unternehmen und Einzelpersonen zusammen. Zweck des Vereins ist es, innovative Forschungsmethoden in enger Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen zu entwickeln, die Aus- und Weiterbildung von Marktforschern zu fördern und die für den privaten Konsum grundlegenden Strukturen und Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu verfolgen sowie deren Auswirkungen auf die Verbraucher zu erforschen. Die Studienergebnisse werden den Mitgliedern des Vereins kostenlos zur Verfügung gestellt. Der GfK Verein ist Gesellschafter der GfK SE. Weitere Informationen unter www.gfk-verein.org.

Twitter: GfK_Verein /// facebook: GfK Verein

Das Berlin-Institut dankt dem GfK Verein für die finanzielle Förderung der Studie.